



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Boehm, Max Hildebert: Parteipolitik und Grenzdeutschtum

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Parteipolitik und Grenzdeutschtum

Von Dr. Max Hildebert Boehm



uf dem Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei, der am 12. und 13. Juli in Berlin stattfand, ist ein Plan zur Sprache gekommen, der in mehrfacher Hinsicht die Aufmerksamkeit weiterer Kreise verdient. Es wurde die Schaffung einer Zentralstelle angeregt, die von parteiwegen die Beziehungen mit den losgerissenen Grenzdeutschen pflegen soll, in erster Linie also die Verbindung mit den Ostmärkern aufrecht erhalten soll, die sich durch die Regierungspolitik der letzten Monate unter polnische Fremdherrschaft verstoßen fühlen. Das wachsende Interesse am Problem des Grenz- und Auslanddeutschtums und an den daraus erwachsenden organisatorischen Aufgaben ist ohne Zweifel auf das lebhafteste zu begrüßen. Und ohne tätige Anteilnahme derjenigen Volkskreise, die in den Rechtsparteien vertreten sind, sind diese Aufgaben auch gar nicht zu lösen. Denn einzig diejenigen Schichten unseres Volkes, in denen der nationale Gedanke schon vor dem Kriege eine bewußte Pflege fand, bringen die Erfahrungen mit, auf denen diese Arbeit aufbauen muß, so hoch sie sich heute auch über das vormalig gelegte Fundament erheben wird. Ernsteste Aufmerksamkeit jedoch verdient die Erscheinung, daß die Deutschnationalen als Partei sich einer Aufgabe zuwenden, deren parteimäßiger Lösung ernsthafte Bedenken im Wege stehen.

Im vorstehenden Aufsatz über „Ostmark, Regierung und Volksberatung“ ist manches über die Rolle gesagt, die die Parteien in der nationalen Bewegung der Ostmark seit der Revolution gespielt haben. Die mühsame und entsagungsvolle Arbeit, die weitschauende Politiker in dieser Zeit an den Versuch gewandt haben, das gesamte Deutschtum der bedrohten Provinzen jenseits der Unterschiede von Partei, Stand und Konfession in den Deutschen Volksräten im zähen Willen zur nationalen Selbstbehauptung zu sammeln, ist allenthalben auf den Widerstand der Parteien gestoßen, deren Machtinstinkt sich durch diese Neubildungen bedroht fühlte. Und insbesondere waren es die Parteibonzen aus allen Lagern, die diesem rein nationalen Zusammenschluß unter den mannigfachen Vorwänden Schwierigkeiten bereiteten. Und es mußte namentlich in den letzten entscheidenden Wochen viel Kraft auf die Aufgabe verwendet werden, die Reibungen zwischen dem parlamentarischen und dem Volksratsausschusse aus der Welt zu schaffen, die namentlich aus der Eifersucht und dem Mißtrauen der Parteiführer erwuchsen. Ohne Zweifel verteilt sich das Schuldkonto an dieser verderblichen nationalen Zersplitterung in der ostmärkischen Politik nicht gleichmäßig auf alle Parteien. Aber daß die Unzufriedenheit mit den parlamentarischen Führern auch in deutschnationalen Parteikreisen nicht fehlt, geht beispielsweise aus der herben Kritik hervor, die die „Deutschen Aufgaben“ an der offiziellen Ostpolitik ihrer Partei erst kürzlich in durchaus beachtlicher Weise geübt haben.

Welchen Standpunkt man im einzelnen auch einnehmen mag: das eine geht aus den unerfreulichen Wirren der letzten Zeit mit Sicherheit hervor, daß ein zwischenparteilicher Zusammenschluß kaum, daß eine einzelne Partei ganz gewiß nicht der Aufgabe gewachsen ist, eine Vereinigung des gesamten Deutschtums in den gefährdeten und verlorenen Gebieten des deutschen Ostens zuwege zu bringen. Und es wäre sehr zu wünschen, wenn alle Parteien aus diesen trüben Erfahrungen die Lehre zögen, daß die in Gegenwart und Zukunft noch immer lebenswichtige Aufgabe der nationalen Reorganisation des gesamten Grenz- und Auslanddeutschtums nur dann befriedigend gelöst werden kann, wenn ihr außerparteilicher Charakter allseits uneingeschränkt anerkannt wird. Das erfordert von seiten der Parteien eine Entfugung, die ihnen begreiflicherweise nicht leicht fällt. Auch daß namentlich die älteren Parteiführer, denen das parteigebundene Denken in Fleisch und Blut übergegangen ist, den Verzicht nicht ohne weiteres reibungslos vollziehen können, ist verständlich. Aber gerade die Rechtsparteien, denen die Stärkung nationaler Solidarität von jeher vornehmste Aufgabe war, sollten sich den

Erfordernissen am wenigsten verschließen, die diese Aufgabe in der gegenwärtigen Lage nun einmal stellt.

Was aber für die Peripherie gilt, das gilt auch für die Zentrale. Die unerläßliche Anknüpfung engster Beziehungen namentlich auf kulturellem Gebiete muß auch im Mutterlande nicht vom engen Boden einer einzelnen Partei aus erfolgen, sondern muß von vornherein auf die breitere Grundlage eines außerparteilichen Zusammenschlusses gestellt werden. Diese Aufgabe hat sich für das Grenz- und Auslandsdeutschum der „Deutsche Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche“ gestellt, der einen losen Zusammenschluß aller bestehenden Organisationen bezweckt, die unter örtlicher Begrenzung die Wiedung und Stärkung nationalen Zusammenhangsgefühls der Grenz- und Auslandsdeutschen anstreben. Und im Rahmen dieses „Deutschen Schutzbundes“ ist mit dem „Zweckverband Ost“ eine Zentrale geschaffen worden, die alle bodenständigen nationalen Organisationen des deutschen Ostens unbeschadet ihrer Eigenart und Sonderziele zusammenfaßt und ihnen die Vorteile einer gemeinsamen Vertretung in der Reichshauptstadt bieten will. In den Fragen des inneren Ausbaues läßt also der „Zweckverband Ost“ ebenso wie der „Deutsche Schutzbund“ den angeschlossenen Organisationen vollste Freiheit, erst recht liegt ihnen nichts ferner, als eine Bekämpfung und Ersetzung der Parteien und eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, wohl aber vertreten beide den grundsätzlichen Standpunkt, daß die Aufgabe der nationalen Sammlung des Grenz- und Auslandsdeutschums außerparteiliches Gepräge trägt und daß die Inangriffnahme dieser Aufgabe durch die einzelnen Parteien zu einer unheilvollen Zersplitterung und Kräftevergeudung führen müßte.

Von diesem Gesichtspunkte aus und im Hinblick auf diese bereits bestehenden Organisationen stellen sich dem Plane erste Bedenken entgegen, der auf dem deutschnationalen Parteitage zur Erörterung gekommen ist. Es wäre lebhaft zu begrüßen, wenn die Deutschnationalen hier mit dem Beispiele vorangingen und nicht als Partei, wohl aber mit den Kräften an Arbeit und Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, sich grundsätzlich bereit erklärten, diese außerparteilichen Schutzorganisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und damit deren Arbeit erst auf die breite Grundlage zu stellen, auf der allein sie gedeihen kann. Es wäre damit zugleich ein Präzedenzfall für die wichtige Aufgabe geschaffen, unser politisches Leben aus der parteipolitischen Verengung und Mechanisierung herauszuführen, das starre System des parlamentarischen Mechanismus gelenkiger zu gestalten und durch solche Auflockerung einer Erneuerung unseres politischen Lebens den Boden zu bereiten, die allein eine Lösung der Überfülle politischer Probleme ermöglichen kann, wie sie unseres Volkes in dieser Notzeit harren.



Die rationelle Ausnutzung unserer Kohlenvorräte

Ein dringendes Gebot der Stunde

Von Professor Dr. W. Halbsaß



u den wenigen natürlichen Reichtümern, wenn man überhaupt diesen Ausdruck noch gebrauchen darf, über die Deutschland nach dem Gewaltfrieden zu Versailles noch verfügt, gehören in erster Linie seine Kohlenvorräte. Zwar sind die Saarkohlen schon seinem Einfluß entzogen und den Oberschleßischen Kohlen droht das gleiche Schicksal, während das dritte große Kohlenrevier, der Ruhrkohlenbezirk, zwar vorläufig noch deutscher Besitz ist, den lüsternten Blicken der Westmächte gegenüber aber auch gefährdet erscheint und überdies unter den unauf-